

# Einiges bewegt, vieles liegen gelassen

**Merkels Regierungsbilanz.** Seit zehn Jahren ist Angela Merkel Bundeskanzlerin. In dieser Zeit hat sie die Politik maßgeblich geprägt, man denke nur an die Energiewende und die Frauenpolitik. Auf dem Arbeitsmarkt dagegen hat Merkel nur die Ernte der rot-grünen Reformen eingefahren – andere Aufgaben sind liegen geblieben.

Wenn es nach Torsten Albig ginge, könnte seine Partei bei der nächsten Wahl auf einen eigenen Kanzlerkandidaten verzichten. Denn Merkel, so der sozialdemokratische Landeschef von Schleswig-Holstein, mache ihre Sache „ganz ausgezeichnet“.

War die Politik der Kanzlerin in den vergangenen zehn Jahren aber

tatsächlich sozialdemokratisch, oder musste sie um des lieben Koalitionsfriedens willen permanent Kompromisse eingehen, die sie in ihrem Herzen nicht wollte? Beides ist wohl richtig. Eine Bilanz (Grafik Seite 2):

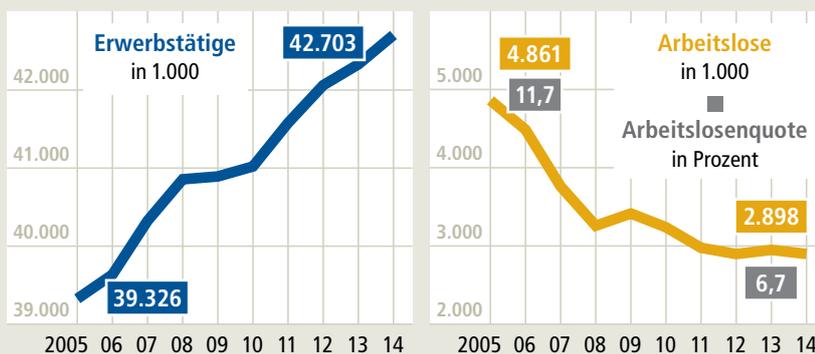
Nicht zu bestreiten ist, dass Merkel den Sozialstaat umgebaut hat – aber eben nicht immer zum Guten.

Noch allen in Erinnerung sein dürfte die Schlacht um die Mütterrente, die Rente mit 63 und die Pflege-reform. Wobei die Mütterrente ein Kind der West-CDU-Frauen war und von Merkel im Wahlkampf wohlwollend begleitet wurde. Die Rente mit 63 dagegen wurde einzig von der SPD befördert und von der Union nur mitgetragen, damit die Koalition nicht zerbricht.

Bei der Pflegereform wiederum sieht es ein wenig anders aus. Dass auch Demenzkranke Leistungen bekommen – darauf hatte sich Merkel frühzeitig kapriziert. Zumal Gesundheits- und Pflegeminister Hermann Gröhe und der Pflegebevollmächtigte der Bundesregierung Karl-Josef Laumann getreue Merkel-Leute sind.

Im Bereich der Arbeitsbeziehungen konnte sich die Union nur in einem Punkt durchsetzen, wobei Sigmar Gabriel seinem Spitznamen „der rote Erhard“ gerecht wurde, denn er hatte sich ebenfalls für das Tarifeinheitsgesetz starkgemacht. Das Gesetz nimmt kleinere →

## Zehn Jahre Merkel: Die Arbeitsmarktbilanz



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwkd 47

## Inhalt

**Strukturwandel.** Ein hoher Dienstleistungsanteil gilt nach den Erfahrungen mit der Finanzkrise nicht mehr als Wohlstandsgarant. Daher sollte der Staat darauf verzichten, den Strukturwandel in eine bestimmte Richtung zu lenken. Seite 4-5

**Wachstumsfaktoren.** Damit die Wirtschaft wachsen kann, muss sich ein Land in die internationale Arbeitsteilung einklinken, die Produktion vernetzen, die Bildung fördern und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen setzen. Deutschland kann noch nicht auf all diesen Gebieten punkten. Seite 6-7

**Digitalisierung.** Die Unternehmen in Deutschland versprechen sich vom Einsatz digitaler Technologien neue Geschäftsmöglichkeiten. Besonders optimistisch sind die Vorreiter in Sachen Internet. Seite 8

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

Präsident:  
Arndt Günter Kirchoff  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen  
in Deutschland

→ Spartengewerkschaften an die Leine und stärkt so den von Streiks geplagten Betrieben den Rücken.

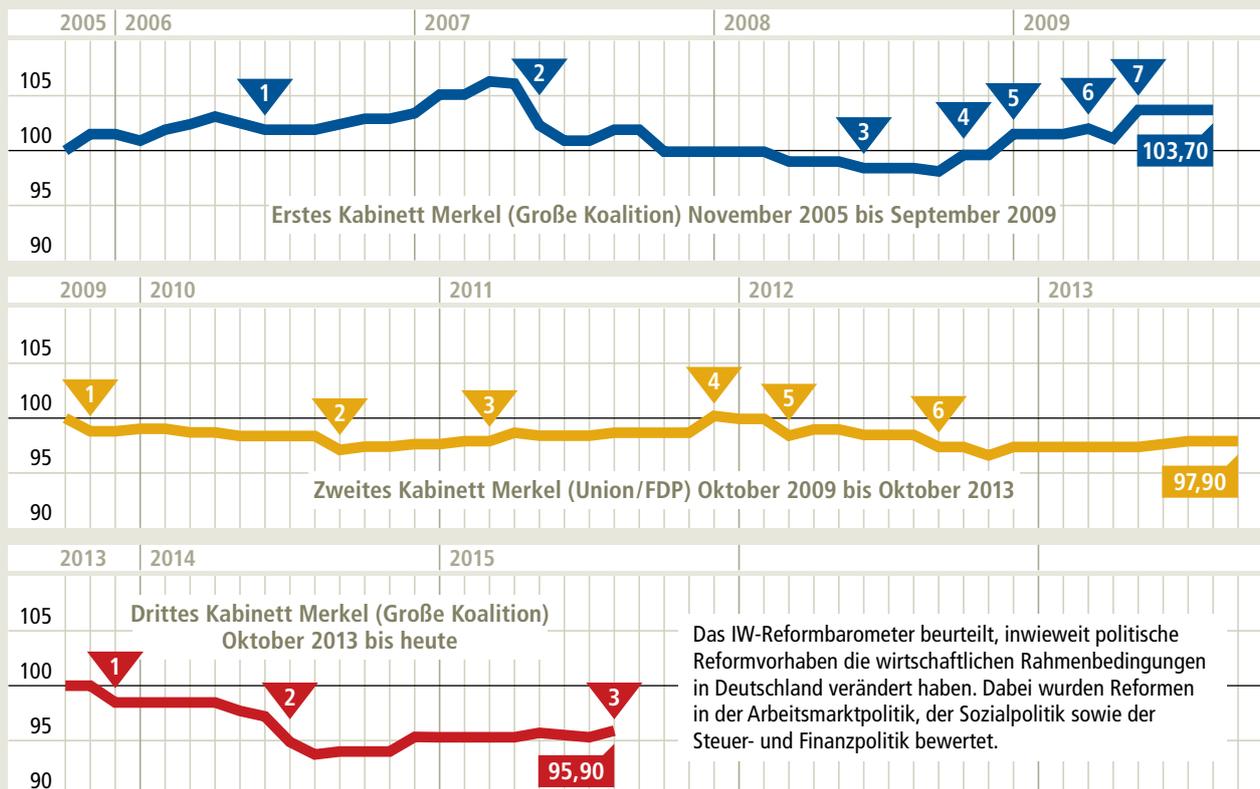
Die Regelungen zum Mindestlohn, die Ausweitung der Allgemeinverbindlichkeit und die Öffnung des

Arbeitnehmerentsendegesetzes für alle Branchen sind eindeutig SPD-Gewächse aus dem Aufgabengebiet von Andrea Nahles. Die Union musste diese Reformen schlucken, damit die Koalition zustande kam.

Ansonsten sind die Regierungen Merkel im Bereich der Arbeitsmarktpolitik nicht auffällig geworden – man hat schlicht die Früchte der Regierungen Schröder geerntet. Denn der Arbeitsmarkt ist nicht

## Zehn Jahre Merkel: Das Reformbarometer

Monat der Vereidigung jeweils = 100; Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Das IW-Reformbarometer beurteilt, inwieweit politische Reformvorhaben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland verändert haben. Dabei wurden Reformen in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik sowie der Steuer- und Finanzpolitik bewertet.

### Wichtige Ereignisse in den Legislaturperioden:

- |   |  |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li><b>1</b> Juli 2006 Eckpunkte Gesundheitsreform (u. a. einheitlicher Beitragssatz) und Eckpunkte Unternehmenssteuerreform (u. a. Senkung des Körperschaftssteuersatzes)</li> <li><b>2</b> Juni 2007 Eckpunkte Pflegereform (u. a. Erhöhung des Beitragssatzes und Ausweitung des Leistungskatalogs), Eckpunkte zur Einführung von branchenspezifischen Mindestlöhnen</li> <li><b>3</b> Juli 2008 Verschärfung der Mindestlohnpläne</li> <li><b>4</b> November 2008 Konjunkturpaket I (u. a. verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für Unternehmen, Wiedereinführung der Pendlerpauschale, Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld)</li> <li><b>5</b> Januar 2009 Konjunkturpaket II (u. a. Verringerung des Einkommenssteuersatzes und Erhöhung des Grundfreibetrags beim Einkommenssteuertarif, kommunales Investitionsprogramm, Senkung der Beitragssätze in der Arbeitslosen- und Krankenversicherung)</li> <li><b>6</b> April 2009 Rentengarantie (Rente darf nicht sinken trotz Rentenformel)</li> <li><b>7</b> Juni 2009 Schuldenbremse</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li><b>1</b> November 2009 Wachstumsbeschleunigungsgesetz (u. a. Lockerung der Zinsschranke, Mehrwertsteuersenkung für Hotels)</li> <li><b>2</b> September 2010 Eckpunkte Gesundheitsreform (u. a. Beitragssatzerhöhung um 0,6 Punkte)</li> <li><b>3</b> März 2011 Aussetzung Wehrpflicht</li> <li><b>4</b> Dezember 2011 Gesetzentwurf zum Abbau der kalten Progression</li> <li><b>5</b> März 2012 Fehlende Umsetzung des Gesetzentwurfs zur kalten Progression</li> <li><b>6</b> September 2012 Einführung des Betreuungsgelds</li> <li><b>1</b> Dezember 2013 Beitragsatzgesetz 2014 (Überschüsse wurden nicht zur Rentenbeitragsreduzierung verwendet)</li> <li><b>2</b> Juli 2014 Gesetz zur Leistungsverbesserung in der Rentenversicherung (Rente mit 63, Mütterrente)</li> <li><b>3</b> August 2015 Abschaffung des Betreuungsgelds</li> </ul> |
|---|--|

zuletzt wegen der Agenda 2010 und der Rentenreform Mitte der 1990er Jahre in einer robusten Verfassung (Grafik Seite 1). Seitdem gehen wieder mehr Menschen – vor allem Ältere – einer Arbeit nach, weil sonst Hartz IV oder Rentenabschläge drohen. Allerdings ist die Rente mit 63 ein Sündenfall, der einen Teil der Erfolge aushebelt.

Das Urteil über die Steuerpolitik aller von Merkel geleiteten Koalitionen fällt ambivalent aus. Zwar hat die erste Große Koalition den Körperschaftsteuersatz gesenkt und damit den Standort D gestärkt. Allerdings wurden zur Gegenfinanzierung Maßnahmen wie die Zinsschranke und eine Verschärfung der Abschreibungsbedingungen beschlossen, die für deutsche Firmen von Nachteil sind. Zudem ging die Anhebung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent im Jahr 2007 auf eine Initiative der Union zurück.

**Ausgebremst wurde die Kanzlerin bei der Abschaffung der kalten Progression – der SPD-dominierte Bundesrat stoppte die Reform.**

Eindeutig ein Unionsgewächs ist die Schuldenbremse. Allerdings wird sich erst noch zeigen müssen, ob Bund und Länder angesichts der Flüchtlingsströme wirklich sparen wollen und können. Für den Bundeshaushalt jedenfalls lässt sich feststellen, dass Merkel vor allem die Früchte der exzellenten Beschäftigungslage eingefahren hat – gespart wurde nie richtig, aber die Einnahmen sprudelten eben sehr üppig.

Ebenso eindeutig trägt die Energiewende Merkels Handschrift – diese Reform war für die ehemalige Umweltministerin eine Herzensangelegenheit und letztlich erzgrüne Politik. So soll bis zum Jahr 2022 der Ausstieg aus der Kernenergie vollzo-

gen sein und bis 2050 die Stromversorgung zu 80 Prozent von den erneuerbaren Energien getragen werden – koste es, was es wolle. Allein 2016 werden die Erneuerbaren mit 10 Milliarden Euro mehr gefördert als im Energiewendejahr 2011.

**Die Familienpolitik der Regierungen Merkel dürfte sich im Kern wenig von rot-grünen Vorstellungen unterscheiden.**

Das Kita-Ausbauprogramm für unter Dreijährige, der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr und die Einführung des Elterngelds wurden parteiübergreifend beschlossen. Alle diese Maßnahmen sollen Frauen (und Männern) die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen.

Darüber hinaus hat Merkel das Thema Gleichstellung auch anderswo stärker in den Vordergrund gerückt als ihre männlichen Vorgänger. Schröder hatte dieses Politikfeld noch als Gedöns abgetan. So ist 2006 das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz in Kraft getreten, der Bund hat eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet und ab 2016 gilt für die Aufsichtsräte von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen eine Frauenquote von 30 Prozent.

Was bleibt – neben der Flüchtlingspolitik – in der dritten Amtsperiode noch zu tun und was sollte die Regierung lieber lassen? Die Arbeitsministerin muss sich mehr um die Langzeitarbeitslosen kümmern, in der Steuerpolitik müssen die Gewerbesteuerreform und der Abbau der kalten Progression endlich auf die Agenda. Den Anstieg der Gesundheitsausgaben muss die Koalition in den Griff bekommen. Beerdigen dagegen sollte die Regierung die solidarische Lebensleistungsrente.

## Von Merkel und anderen mächtigen Frauen

Was Angela Merkel am 22. November feiert, haben nur wenige Frauen vor ihr geschafft: Zehn Jahre Regierungszeit – länger im Amt waren nur die „eiserne Lady“ Margaret Thatcher, die ehemalige indische Premierministerin Indira Gandhi, Mary McAleese als irische Staatspräsidentin sowie die isländische Ex-Präsidentin Vigdís Finnbogadóttir. Als Merkel 2005 zur ersten deutschen Kanzlerin gewählt wurde, war das geradezu eine Sensation. Doch Merkel profilierte sich schnell, 2012 kürte sie das Forbes-Magazin als erste Frau zur zweitmächtigsten Person der Welt. Gleichwohl ist es Merkel auch in zehn Jahren Amtszeit nicht gelungen, die Frauenpräsenz in der Politik nachhaltig zu vergrößern: Lediglich 36 Prozent der Sitze im Deutschen Bundestag werden von Frauen bekleidet.

Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick nach Afrika. In Ruanda sind 64 Prozent der Abgeordneten weiblich, das ist mehr als überall sonst auf der Welt. Doch Ruanda ist die Ausnahme, nicht die Regel. Im Durchschnitt aller nationalen Parlamente beträgt die weibliche Abgeordnetenquote 20 Prozent. In fünf Parlamenten – meist in sehr kleinen Staaten wie Mikronesien, Palau oder Katar – sitzen sogar gar keine Frauen. Eine Ursache dafür dürfte sein, dass Frauen in vielen Gesellschaften die Rolle der selbstsicheren politischen Führungskraft nicht zugetraut wird. Falls man ihnen doch ein Amt überträgt, kümmern sie sich meist um soziale Themen, selten um Wirtschaft oder Finanzen.

### Frauen an der Macht

So hoch war der Frauenanteil im Juli 2015 in den nationalen Parlamenten, in Prozent

Europa Top		Europa Flop	
Schweden	43,6	Ungarn	10,1
Finnland	42,5	Zypern	12,5
Spanien	41,1	Malta	12,9
Belgien	39,3	Rumänien	13,7
Dänemark	38,0	Irland	16,3
Platz 8: Deutschland		36,5	

Ursprungsdaten:  
Vereinte Nationen

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iw-d 47

# Einen Königsweg gibt es nicht

**Strukturwandel.** Anders als vor der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise gilt heute das Streben nach einem hohen Anteil des Dienstleistungssektors nicht mehr als der einzige Weg zum Wohlstand. Folglich sollte der Staat darauf verzichten, den Strukturwandel in eine bestimmte Richtung zu lenken. 

Pragmatismus statt Ideologie – wenn es eine Kurzformel für Angela Merks politische Haltung gäbe, dann wohl diese. Gerade in der Wirtschaftspolitik ist Pragmatismus oft angebracht. Dies gilt nicht zuletzt für Maßnahmen zur Gestaltung und Begleitung des Strukturwandels (Kasten Seite 5). Denn bevor die Finanzbranche ab 2007 weltweit ins Straucheln kam, sahen viele Politiker und Ökonomen den Weg in die Dienstleistungswirtschaft als alternativloses Erfolgsrezept. Inzwischen schlägt das Pendel eher in die andere Richtung aus. So soll der Industrieanteil an der gesamten Wertschöpfung nach den Vorstellungen der EU-Kommission in allen EU-Ländern auf 20 Prozent steigen – derzeit liegt er zum Beispiel in Großbritannien nur bei 13 und in Frankreich bei 14 Prozent.

Doch mit dieser Zielsetzung würde die Politik erneut versuchen, dem Strukturwandel eine bestimmte Richtung zu weisen – ein fragwürdiger Ansatz. Denn bei näherem Hinsehen lässt sich kein klarer Zusammenhang zwischen der Wirtschaftsstruktur und zentralen Wohlstandsindikatoren erkennen. Das belegen zwei Beispiele:

- **Einkommen.** Ein Blick auf die wichtigsten fortgeschrittenen Volkswirtschaften zeigt, dass ein hohes Pro-Kopf-Einkommen nicht vom Gewicht des Sektors abhängt (Grafik):

**In Norwegen war der Anteil der Dienstleistungen an der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung im Schnitt der Jahre 2005 bis 2014 mit 57 Prozent am niedrigsten, in Luxemburg mit 86 Prozent am höchsten – beide Länder stehen jedoch im Ran-**

**king der Pro-Kopf-Einkommen weit vor allen anderen.**

Dass es zwischen Wirtschaftsstruktur und Wohlstand keine zwingende Verbindung gibt, zeigt sich auch im Zeitverlauf. So ist zum Beispiel in Deutschland der Dienstleistungsanteil an der gesamten Bruttowertschöpfung zwischen 1995 und 2014 nur um 2,4 Prozentpunkte gestiegen und damit deutlich schwächer als in den meisten anderen Volkswirtschaften. Dennoch hat das kaufkraftbereinigte Pro-Kopf-Einkommen mit jahresdurchschnittlich 3,3 Prozent ähnlich stark zugelegt wie im Mittel der 21 untersuchten Länder.

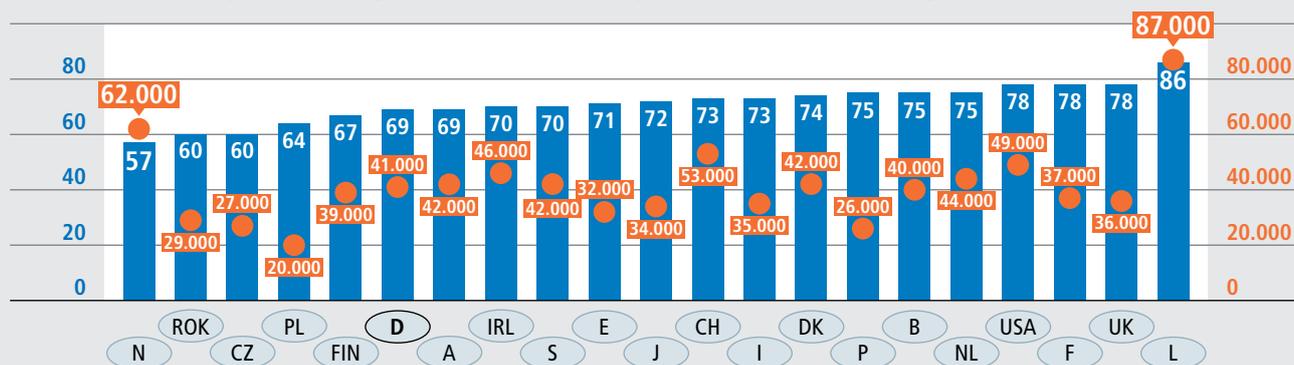
Großbritannien verzeichnete ebenfalls einen mittleren Einkommenszuwachs – obwohl dort der Anteil des Dienstleistungssektors seit dem Jahr 1995 um 11 Prozentpunkte und damit besonders stark zugenommen hat.

- **Arbeitsmarkt.** Auch hier lässt der internationale Vergleich keinen Vorteil der Servicebranchen erkennen.

## Dienstleistungen sind kein Wohlstandsgarant

Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2014

■ Anteil des Dienstleistungssektors an der gesamten Bruttowertschöpfung in Prozent ■ Kaufkraftbereinigtes Pro-Kopf-Jahreseinkommen in Dollar



Zum einen ist an der ökonomischen These, in einer besonders dienstleistungsorientierten Wirtschaft sei die Arbeitsmarktmobilität höher und damit die strukturelle Arbeitslosigkeit niedriger, offenbar nichts dran. So war die Arbeitslosenquote im industriestarken Tschechien im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2014 mit 6,5 Prozent ähnlich niedrig wie im besonders dienstleistungsstarken Großbritannien.

Zum anderen hängt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nicht von einem bestimmten Verlauf des Strukturwandels ab:

**In Deutschland und Norwegen ist die Arbeitslosenquote zwischen 1995 und 2014 zurückgegangen, obwohl der Dienstleistungsanteil fast konstant geblieben beziehungsweise sogar geschrumpft ist. Positiv entwickelt hat sich der Arbeitsmarkt aber auch in Irland, wo der Servicesektor kräftig gewachsen ist.**

Offenbar führen also verschiedene Wege zum Wohlstand. Die Politik muss folglich auf der Basis der historisch geprägten Wirtschaftsstrukturen die richtigen Rahmenbedingungen setzen. In Deutschland beispielsweise gilt es, dem gewachsenen industriellen Mittelstand den nötigen Freiraum zu geben, damit er weiterhin im internationalen Wettbewerb mit innovativen Produkten erfolgreich sein kann.



Institut der deutschen Wirtschaft Köln,  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
Consult (Hrsg.):

Digitalisierung, Vernetzung und Strukturwandel – Wege zu mehr Wohlstand,  
Erster IW-Strukturbericht, Köln 2015

[iwkoeln.de/strukturbericht](http://iwkoeln.de/strukturbericht)

## Strukturwandel

Wirtschaftswissenschaftler verstehen unter sektoralem Strukturwandel die – langfristige – Verlagerung der wirtschaftlichen Aktivitäten von der Landwirtschaft zur Industrie und weiter zu den Dienstleistungsbranchen.

Diesem Muster folgen aber nicht alle Länder gleichermaßen, wie ein Vergleich von 21 fortgeschrittenen Volkswirtschaften für den Zeitraum 1995 bis 2014 verdeutlicht. Zwar hat der Servicesektor fast überall zugelegt – vor allem in Irland, Großbritannien, Portugal, Luxemburg und Spanien. In Norwegen allerdings ist der Dienstleistungsanteil an der gesamten Bruttowertschöpfung um fast 4 Prozentpunkte gesunken.

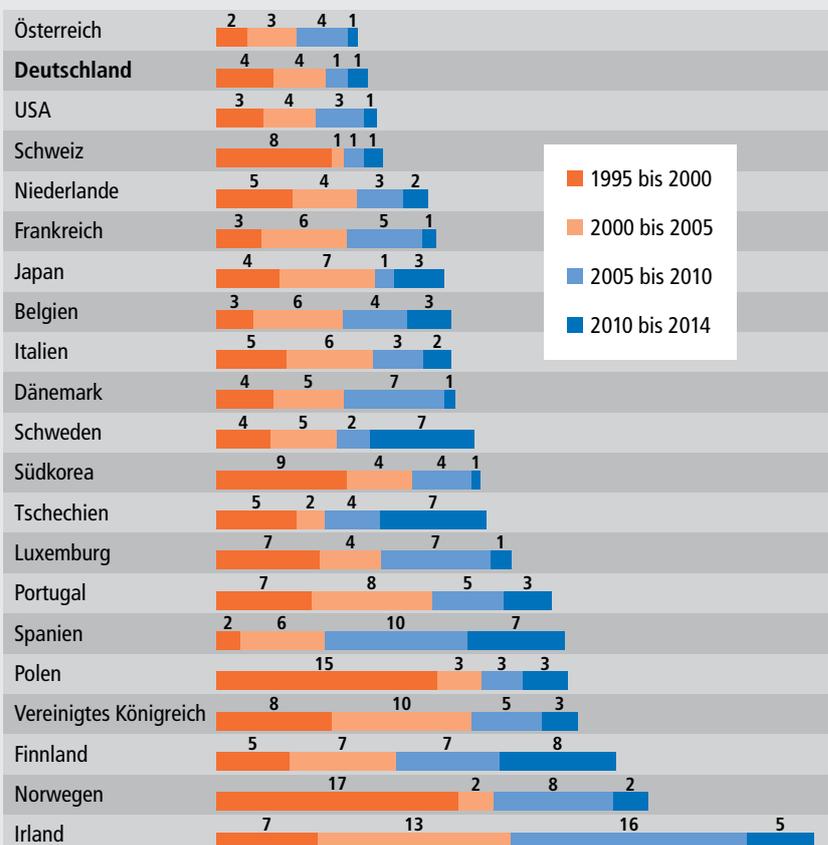
**Deutschland verzeichnet seit 1995 lediglich eine Zunahme des Dienstleistungsanteils um 2 Prozentpunkte, während der Industrieanteil konstant geblieben ist und vor allem die Bauwirtschaft an Bedeutung verloren hat.**

Die Veränderungen im Branchengefüge sind zudem kein stetiger Prozess (Grafik). In Deutschland hat sich das Tempo des Strukturwandels seit 2005 deutlich verringert, in vielen anderen Ländern – zum Beispiel in Großbritannien, Südkorea und Dänemark – war dies ab 2010 der Fall. Dies lag vor allem daran, dass der frühere De-Industrialisierungstrend zum Stillstand gekommen ist.

## Das Tempo des Strukturwandels

Die Wirtschaft eines Landes setzt sich aus den vier großen Sektoren Agrarwirtschaft, Industrie, Bau und Dienstleistungen zusammen. Verschieben sich die Anteile dieser Sektoren an der gesamten Wertschöpfung, spricht man von Strukturwandel. In Deutschland summieren sich diese Veränderungen im Zeitraum 1995 bis 2000 auf 4 Prozentpunkte, von 2010 bis 2014 aber nur noch auf 1 Prozentpunkt. Insgesamt hat sich die Wirtschaftsstruktur in Deutschland seit 1995 relativ wenig verändert, in Ländern wie Irland und Norwegen war der Strukturwandel dagegen deutlich ausgeprägter.

Um so viele Prozentpunkte änderten sich die Anteile aller Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung zusammen



USA: 1997 bis 2013; Schweiz, Japan, Luxemburg, Irland: 1995 bis 2013  
Ursprungsdaten: OECD

Institut der deutschen  
Wirtschaft Köln

# Die Treiber des Wachstums

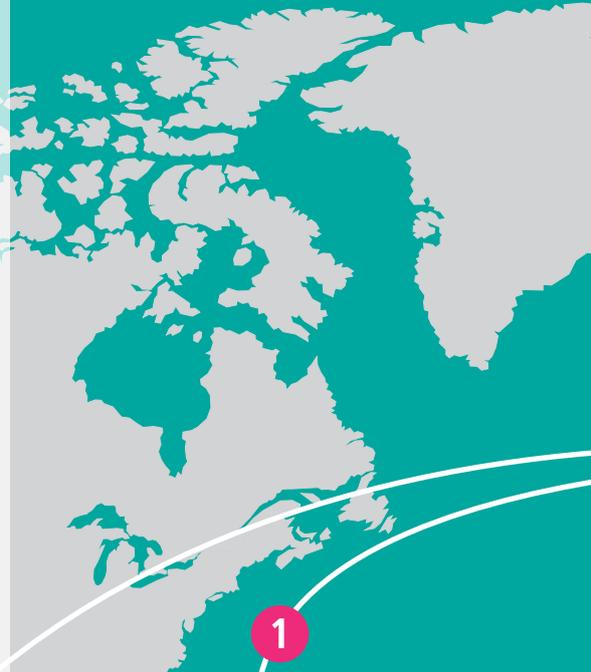
Für das Wachstum und den Wohlstand zählt weniger die Frage, ob eine Volkswirtschaft eher industrielle Produkte oder lieber Dienstleistungen herstellt und anbietet. Entscheidend ist vielmehr, wie sie das macht. Es gilt also, die Kraft der relevanten Einflussgrößen – Treiber des Strukturwandels genannt – zu nutzen. Denn Länder, die in Sachen Globalisierung, Vernetzung und wissensbasierte Innovationen gut aufgestellt sind, wachsen schneller – das belegt der IW-Strukturbericht mit einer umfangreichen empirischen Untersuchung.

**Globalisierung.** Die internationale Arbeitsteilung ermöglicht mehr Wettbewerb und schafft so Anreize für eine effizientere Produktion und mehr Innovationen. So zeigt der Strukturbericht, dass zahlreiche Indikatoren der Globalisierung positiv mit dem Wachstum zusammenhängen. Deutschland ist in puncto Globalisierung gut positioniert, abzulesen ist das unter anderem an dem Offenheitsgrad seiner Wirtschaft. Dieser wird gemessen als Anteil der Im- und Exporte am Bruttoinlandsprodukt (BIP) – und die Offenheit hat, außer in Japan, seit 1995 nirgends so stark zugenommen wie in Deutschland.

**Vernetzte Produktion.** Je besser die Vernetzung von einzelnen Branchen oder ganzen Volkswirtschaften, desto höher das Wirtschaftswachstum. Gemessen wird die Vernetzung an Indikatoren wie dem Anteil der ausländischen Wertschöpfung an den Exporten und dem Anteil der importierten Vorleistungen an den Importen. Unterstützt wird dieser Prozess durch die Digitalisierung. Hier schneidet Deutschland nicht besonders gut ab: Auf einer Skala von 0 bis 100 erreicht die Bundesrepublik derzeit lediglich 59 Punkte und belegt damit international nur einen Platz im Mittelfeld.

**Bildung und Innovation.** Dass ein Land wie die Bundesrepublik, in dem es außer Kohle praktisch keine Rohstoffe gibt, auf seine Köpfe angewiesen ist, versteht sich von selbst. Zwar wird der Zusammenhang zwischen dem Humankapital einer Volkswirtschaft und deren Wirtschaftswachstum mit zunehmendem BIP kleiner, doch Bildung ist das A und O des Fortschritts und Basis aller Innovationen. Die deutschen Unternehmen wissen das: Ihre Forschungsausgaben sind seit 1995 um fast die Hälfte auf 1,9 Prozent des BIP gestiegen – damit zählt Deutschland zu den Top 5 der 23 untersuchten OECD-Länder.

**Institutionelle Rahmenbedingungen.** Das IW Köln hat empirisch nachgewiesen, dass eine Verbesserung der staatlichen Rahmenbedingungen – wie Rechtssystem, Infrastruktur oder Regulierung – mit einem höheren Wirtschaftswachstum einhergeht. Deutschland hat sich seit 1995 bei fast allen Indikatoren verbessert und liegt über dem internationalen Durchschnitt der 23 untersuchten OECD-Länder – mit einer Ausnahme: Bei den Kosten – zum Beispiel für Arbeit oder Strom – hat sich Deutschland zwar insofern verbessert, als es sich seit 1995 weiter dem Durchschnitt der 23 Länder annähert. Nach wie vor aber ist die Bundesrepublik ein Hochkostenland.



## Der Offenheitsgrad im Außenhandel

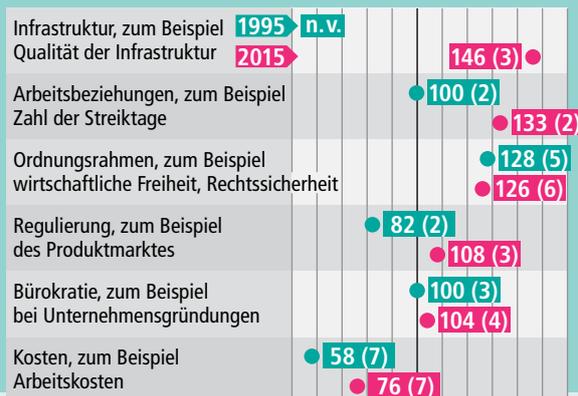
Summe aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

■ Stand 2014  
■ Veränderung 1995 bis 2014 in Prozent

J	40	123
D	87	88
PL	93	86
CZ	179	84
ROK	94	68
NL	180	66
B	212	65
A	108	55
DK	100	50
E	67	49
CH	83	42
IRL	187	39
P	81	35
USA	30	34
F	60	31
FIN	77	22
S	82	21
I	57	20
CN	47	10
UK	57	9
N	64	-5
CDN	63	-10

## Die Rahmenbedingungen in Deutschland

Indexwerte: Mittelwert für die G23 = 100 (Zahl der Indikatoren)



2015: jeweils aktueller Stand der Indikatoren zwischen 2012 und 2015; Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Dienstleistungshandel 2014 und Angaben für Belgien 1995 und 2000: geschätzt; CN: China; ROK: Südkorea

## Die Digitalisierung Index von 0 (keine Digitalisierung) bis 100 (hohe Digitalisierung) im Jahr 2014/2015

Insgesamt	Infrastruktur, zum Beispiel Internetbandbreite	Private Nutzung, zum Beispiel Mobilfunkverträge	Geschäftliche Nutzung, zum Beispiel E-Commerce	Behördliche Nutzung, zum Beispiel E-Government	Ökonomischer Impact, zum Beispiel auf die Entwicklung neuer Produkte	Gesellschaftlicher Impact, zum Beispiel Internetnutzung in Schulen
<b>D</b> 59	46	73	67	57	50	61
<b>G23</b> 59	48	74	65	58	49	63

G23: Belgien, China, Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Polen, Portugal, Österreich, Schweden, Schweiz, Spanien, Südkorea, Tschechien, USA und Vereinigtes Königreich; Ursprungsdaten: Word Economic Forum

**iw** Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 47



## Die Industrie und ihre Partner

Anteil der Industrie und des Vorleistungsverbunds an der Gesamtwertschöpfung 2011 in Prozent

CZ 34,9	B 20,6
D 31,8	J 20,4
CN 31,7	P 19,1
ROK 31,4	F 18,7
IRL 30,5	E 17,7
CH 28,3	CDN 16,7
PL 27,3	DK 15,5
A 26,4	USA 14,7
I 25,6	UK 14,7
S 24,0	N 12,5
FIN 23,1	L 7,4
NL 20,9	

Vorleistungsverbund: Saldo der inländischen Vorleistungsbezüge der Industrie;  
CN: China; ROK: Südkorea  
Ursprungsdaten: OECD

**iw** Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 47

## Forschungsausgaben der Unternehmen

in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

	1995	2012		1995	2012
ROK	1,67	3,01	NL	0,85	0,95
J	1,93	2,55	CDN	0,76	0,81
FIN	1,31	2,16	IRL	0,83	0,79
D	1,28	1,90	UK	0,86	0,74
S	2,06	1,85	N	0,82	0,72
DK	0,81	1,81	L	k.A.	0,67
CH	1,65	1,80	CZ	0,56	0,65
USA	1,45	1,66	P	0,10	0,63
CN	k.A.	1,44	E	0,34	0,58
B	1,10	1,29	I	0,39	0,56
A	0,70	1,24	PL	0,23	0,29
F	1,08	1,23			

Schweiz 1995: 1996; Belgien, Luxemburg, Norwegen und Schweden 2012: 2011;  
CN: China; ROK: Südkorea  
Quelle: OECD

**iw** Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd 47

# Drei tun es, drei ein bisschen und vier nur wenig

**Digitalisierung.** Die Unternehmen in Deutschland versprechen sich vom Einsatz digitaler Technologien neue Geschäftsmöglichkeiten. Besonders optimistisch sind Firmen, die das Internet bereits intensiv nutzen.

In knapp einem Drittel der hiesigen Unternehmen ist der digitale Wandel angekommen: Sie geben an, sich sehr intensiv mit dem Thema Digitalisierung auseinanderzusetzen und sie schreiben dem Internet eine sehr große Bedeutung für die eigenen Geschäftsaktivitäten zu (Grafik). Einige dieser Betriebe könnte man auch als digitale Avantgarde bezeichnen. In diesen Unternehmen sind bereits sämtliche Prozesse internetbasiert – vom Einkauf über die Produktion und den Vertrieb bis hin zu After-Sales-Dienstleistungen.

Unter den hochdigitalisierten Unternehmen finden sich besonders viele unternehmensnahe Dienstleister wie Kredit- und Versicherungs-

unternehmen, Logistiker und Betriebe der Informationswirtschaft. Die Belegschaften dieser Unternehmen sind tendenziell jünger, die Mitarbeiter haben häufiger akademische Abschlüsse und arbeiten häufiger an einem Internetarbeitsplatz als die Beschäftigten in anderen Betrieben.

Vier von zehn Unternehmen in Deutschland stehen der Digitalisierung laut IW-Personalpanel derzeit eher zurückhaltend gegenüber; fast jeder dritte Betrieb beschäftigt sich zwar damit, allerdings längst nicht im selben Umfang wie die Vorreiterbetriebe.

Die hochdigitalisierten Unternehmen sind deutlich optimistischer als andere, dass sich die zunehmende Bedeutung des Internets für sie wirtschaftlich auszahlen wird.

**Nahezu einig sind sich die befragten Unternehmen darin, dass die Digitalisierung den Raum für eigene geschäftliche Aktivitäten ausweitet.**

Dies bestätigt sogar die Mehrheit der Betriebe, die sich bislang eher zurückhaltend mit der Digitalisierung beschäftigt. Auch sie gehen überwiegend davon aus, dass dank des Internets Kunden besser erreichbar sind, relevante Zielgruppen besser identifiziert werden können, Dienstleister leichter ansprechbar sind und neue Märkte erschlossen werden können.



## Die Chancen des Internets

So viel Prozent der Unternehmen mit einem hohen Digitalisierungsgrad sehen für die nächsten fünf bis zehn Jahre folgende Chancen aufgrund der zunehmenden gesamtwirtschaftlichen Bedeutung des Internets

Bessere Erreichbarkeit bei der Bereitstellung/Nutzung von Dienstleistungen



Besserer Zugang zu Absatz-, Beschaffungs- und Arbeitsmärkten



Bessere unternehmensinterne Kommunikation



Steigerung der Innovationskraft durch Zugriff auf externes Know-how



Automatisierung/Standardisierung von Arbeitsprozessen



Flexibilisierung der Arbeitsorganisation



Bessere Identifikation relevanter Zielgruppen und Märkte



Dezentrale Steuerung/zeitnahe Funktionskontrolle der Produktion/Dienstleistungserstellung



Flexibilisierung der Produktion/Dienstleistungserstellung



Befragung von 1.394 Unternehmen, davon 31,9 Prozent mit einem hohen Digitalisierungsgrad, im Jahr 2014; hoher Digitalisierungsgrad: Unternehmen, die sich intensiv mit dem Thema Digitalisierung beschäftigen und für deren Geschäftsaktivitäten das Internet sehr wichtig ist  
Quelle: IW-Personalpanel

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iw-d 47 - Illustration: ellagrin - Fotolia.com

## Adressaufkleber

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)

**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Berit Schmiedendorf, Sara Schwedemann, Alexander Weber

**Redaktionsassistentz:** Ines Pelzer

**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen

**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iw-d@iwkoeln.de

**Bezugspreis:** € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

**Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iw-d wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: pressemonitor.de

**iW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.